

weltflüchtlingstag



Die Schande Europas

Weltweit waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie zurzeit. Die meisten sind Binnenflüchtlinge, nach Europa kommen nur wenige. Trotzdem schottet die Europäische Union ihre Außengrenzen mit viel Geld und modernster Sicherheitstechnik immer stärker ab

Prekär:
In einem
Ausweich-
Zeltlager nach
dem Brand in
Moria, Lesbos
Foto: Angelos
Tzortzinis/dpa/
picture
alliance

Von Ansgar Warner

Am 20. Juni ist „Weltflüchtlingstag“. Noch nie war der Titel stimmiger: Derzeit sind so viele Menschen wie noch nie auf der Suche nach einem Refugium. Etwa 80 Millionen Menschen weltweit, ungefähr ein Prozent der gesamten Weltbevölkerung, die meisten davon sind Binnenflüchtlinge, bleiben also im eigenen Land. Die genaue Zahl wird man am 20. Juni dem Jahresbericht des UNHCR entnehmen können. Also jener für Flüchtlinge zuständigen Organisation der Vereinten Nationen, die für die Ausrichtung des Weltflüchtlingstags verantwortlich ist.

Wie dramatisch die aktuelle Lage allein an den EU-Außengrenzen ist, zeigen Medienberichte der letzten Wochen: steigende Opferzahlen auf der lebensgefährlichen Mittelmeerroute, überfüllte Sammellager in Griechenland, überrannte Grenzanlagen und gewaltsame Pushbacks in der spanischen Nordafrika-Exklave Melilla.

Als der UNHCR vor siebzig Jahren gegründet wurde, war die Hauptursache für die Menschenströme noch „made in Germany“. Schließlich hatte der vom Deutschen Reich ausgelöste Zweite Weltkrieg so viele Menschen ihrer Heimat beraubt wie noch nie zuvor. Inzwischen sind neben bewaffneten Konflikten viele weitere Ursachen von Flucht und Vertreibung hinzugekommen. Die meisten davon hängen mit dem menschengemachten Klimawandel zusammen: etwa Dürren, Misserten, Unwetter, steigende Meeresspiegel.

Deutschland und die anderen EU-Staaten gehören zwar zu den Hauptverursachern der Erderwärmung, gegen die Folgen schotteten sie sich jedoch immer stärker ab. Das hat auch mit den politischen Folgen der sogenannten „Flüchtlingsschmelze“ im Jahr 2015 zu tun. Alleine hierzulande beantragten damals mehr als 1,1 Millionen Frauen, Männer und Kinder Asyl. Meist Menschen, die aus dem umkämpften Norden Syriens stammten.

Der plötzliche Zustrom löste eine Welle der Sympathie und tatkräftigen Hilfe aus der Mitte der Zivilgesellschaft aus. War es anfangs buchstäblich Nothilfe, so ging es bald um die Unterstützung bei der Integration in den Kommunen. 2018 kam eine Studie des Bundesfamilienministeriums zu einer erfreulichen Bilanz: Seit 2015 hatten 55 Prozent der Flüchtlinge ab 16 Jahren Flüchtlinge in Deutschland unterstützt. Ende 2017 waren noch knapp 20 Prozent aktiv. Das Engagement reichte von Geld- oder Sachspenden bis hin zu ehrenamtlicher Arbeit. Und egal ob in Ost oder West: Zwei Drittel der Helferinnen und Helfer bekamen aus ihrem Umfeld positives Feedback.

Die begleitende „Wir schaffen das“-Rhetorik auf der politischen Ebene war zu diesem Zeitpunkt schon verhallt. Statt dessen schallte es: Boot voll, Schotten dicht. Schon vor Beginn der Coronapandemie sank die Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge stark, 2020 erreichte sie mit 180.000 pro Jahr ein historisches Minimum. Nicht nur hierzulande setzen sich in der öffentlichen Debatte wieder altbekannte Denkmuster durch. Es gab schon immer offiziell erwünschte und offiziell unerwünschte Einwanderung. Dem Werben um Fachkräfte stand die Abschreckung von potenziellen Flüchtlingen durch eine immer rigidere Gesetzgebung gegenüber, von der unwürdigen Unterbringung in Sammelunterkünften und sozialer Ausgrenzung bis zur gewaltsamen Abschiebung.

Dabei sprechen neben humanitären Gründen auch wirtschaftliche Aspekte für kontinuierliche Einwanderung – eine Win-win-Situation für die Länder, die sie zu nutzen wissen. So wirbt der UNHCR mit Erfolgsgeschichten wie der von Toto, einem syrischen Flüchtling, der in Dänemark Aufnahme fand – und inzwischen eine feste Anstellung bei MidtVask hat, einem Wäschereibetrieb für Krankenhäuser. Nicht durch Zufall, sondern mit Absicht. In unserem Nachbarland wurden den

Von der Konvention zum Gedenktag

Vor 70 Jahren, im Juli 1951, wurde die **Genfer Flüchtlingskonvention** von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) verabschiedet. Bis heute ist sie die Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts. Zugleich ist die Konvention Rechtsgrundlage für das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR). Zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des „Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ im Jahr 2000 erklärte die Generalversammlung der UN den 20. Juni zum jährlichen **Weltflüchtlingstag**. Zum Feiern gibt es bei der dramatischen Lage von Geflüchteten an vielen Orten, auch an den Grenzen Europas, weltweit allerdings wenig Anlass. Darum gibt es am **19. und 20. Juni in Deutschland bundesweite Aktionstage** gegen Menschenrechtsverletzungen an Europas Außengrenzen.



Strikt: Patrouille an der griechisch-türkischen Grenze Foto: Giannis Papanikos/dpa/AP/picture alliance

Flüchtlingen bezahlte Betriebspraktika im Rahmen eines staatlich finanzierten Programms angeboten, das neben Training on the Job auch Dänischkurse beinhaltet. Für die Privatwirtschaft lohnt sich das, denn Arbeitskräfte sind Mangelware. „Die Leute sagen: Ich habe ein Herz für Flüchtlinge“, so MidtVask-CEO Pernille Lundvang. „Und ich sage: Ja, aber am Ende geht es ums Geschäft.“

In Zukunft setzt das Land aber offenbar auf Lose-lose. Die gerade beschlossene Gesetzesnovelle der sozialdemokratischen Regierung Dänemarks sieht vor: Wer Asyl erhält, soll zukünftig sein Dasein außerhalb des Landes fristen – sprich in vorgelagerten Camps, zum Beispiel in nordafrikanischen „Partnerländern“. Der von der EU-Kommission Ende 2020 präsentierte „New Pact on Migration and Asylum“ geht aber auch schon fast so weit.

land, wo seit 2015 die meisten Flüchtlinge europäischen Boden betreten. Dass in den völlig überbelegten griechischen Lagern fundamentale Menschenrechte nicht eingehalten werden, hat sogar der Europäische Gerichtshof bestätigt. Passiert ist allerdings nicht viel: Moria etwa, das berüchtigte Lager auf der Insel Lesbos mit zeitweise 20.000 Bewohnern (Aufnahmekapazität: 2.800 Menschen), wurde nach dem verheerenden Brand im letzten Jahr zwar geräumt. Aber im nahe gelegenen Ausweich-Zeltlager Kara Tepe leben die verbliebenen Flüchtlinge nun in einer ähnlich prekären Lage. Insgesamt warten allein auf den griechischen Inseln immer noch Zehntausende Menschen verzweifelt auf eine Besserung der Lage.

Dabei haben sich rund 250 Kommunen in Deutschland und viele weitere Städte und Regionen in der Europäischen Union bereit erklärt, von dort Geflüchtete aufzunehmen. Die drei Bundesländer Berlin, Thüringen und Bremen haben Landesaufnahmearrangements erlassen, mithilfe derer sie umgehend Geflüchtete aufnehmen und aus den unmenslichen EU-Hotspots evakuieren könnten. Doch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat ihre Aufnahme abgelehnt.

Denn Flüchtlinge werden in der EU vor allem als Sicherheitsproblem gesehen. Eine Win-

win-Situation scheint nur für die Verteidigungs- und Sicherheitsbranche zu bestehen. Seit 2016 wurden mehr als 3 Milliarden Euro in die Erforschung von neuer Überwachungstechnik gesteckt. Die Spannweite reicht von mit künstlicher Intelligenz aufgemotzten Lügendetektoren über Handflächen-Scanner bis hin zu Kameradrohnen. Vieles, was der militärisch-industrielle Komplex schon jetzt herstellt, wird von der finanziell üppig ausgestatteten EU-Grenzagentur Frontex an der mehr als 100 Kilometer langen Hightech-Grenzmauer zwischen Griechenland und der Türkei eingesetzt – etwa Wärmebildkameras oder Schallkanonen.

Die Rettung von Schiffbrüchigen im Mittelmeer müssten dagegen inzwischen Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft übernehmen, soweit sie nicht von offizieller Seite aktiv daran gehindert werden. Alleine in den letzten acht Jahren wurden mehr als 20.000 Flüchtlinge durch diese unterlassene Hilfeleistung um das Leben gebracht.

Das Gesamtbild zur europäischen Flüchtlingspolitik hat wohl bisher niemand besser zusammengefasst als Jean Ziegler, Soziologe und ehemaliger UN-Sonderberichterstatter – seine Anfang 2020 erschienene Streitschrift trägt den Titel: „Die Schande Europas“. Auch im Jahr 2021 immer noch die passende Lektüre zum Weltflüchtlingstag.

»Als Feministin muss ich

niemandem etwas beweisen, außer mir selbst.«
Loubna Messaoudi, Gründerin BIWOC Rising, Berlin.

filia, die frauenstiftung unterstützt die Selbstorganisation und das Empowerment geflüchteter und migrantischer Frauen* sowie Frauen* aus der migrantischen Diaspora.

»Without money, you can't move.«, so NINA – women IN Action, Hamburg.

Ihr Beitrag ist gefragt und kommt an.
GLS Bank DE11 4306 0967 0300 2001 00
Alle 12 Förderpartnerinnen mit ihren Projekten finden Sie hier: www.filia-frauenstiftung.de

filia
die frauenstiftung.



Ein letzter Rettungsanker

Fast täglich erreichen uns Bilder von Menschen, die auf der Flucht über das Mittelmeer in ihren überfüllten Booten in Seenot geraten. Die Initiative Alarmphone unterstützt die Geflüchteten mit einer Notfalltelefonnummer und versucht, ihre Rettung sicherzustellen

Von **Cordula Rode**

No rescue, but alarm – seit sieben Jahren hilft die Initiative Alarmphone flüchtenden Menschen, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten. Im Unterschied zu zivilen Hilfsorganisationen wie Sea-Watch oder Sea-Eye, die eigene Schiffe und Helfer*innen vor Ort einsetzen, ist es das Ziel des Notruftelefons, den in Lebensgefahr geratenen Menschen die Sicherheit zu geben, dass ihr Notruf an die Küstenwache zusätzlich von einer weiteren Stelle wahrgenommen und weitergeleitet wird. Alarmphone gibt den Flüchtenden eine zweite Stimme.

Die Initiative ist in den drei Mittelmeerbereichen mit den am häufigsten genutzten Fluchtwegen aktiv: in der Ägäis (zwischen Griechenland und der Türkei), im zentralen Mittelmeer (zwischen Libyen/Tunesien und Italien) und im westlichen Mittelmeer (zwischen Marokko und Spanien). Ehrenamtliche Aktivist*innen in zahl-

reichen Städten in Nordafrika und Europa nehmen rund um die Uhr eingehende Notrufe an.

Die überlebenswichtigen Kernfragen können so schnell geklärt werden: Wie viele Menschen befinden sich an Bord des in Seenot geratenen Schiffes, in welchem Zustand ist das Schiff und wie sind seine GPS-Koordinaten? Die Helfer*innen leiten die erhaltenen Informationen an die Küstenwache der entsprechenden Region weiter, beobachten deren Reaktion und dokumentieren das gesamte Geschehen vom Notruf bis zur Rettung. Sie sorgen dafür, dass der Kontakt nicht abbricht, indem sie im Bedarfsfall die Handys der Hilfesuchenden mit neuem Guthaben aufladen. Verzögert sich die Reaktion der zuständigen Behörden, wird versucht, durch öffentlichen Druck die Rettung zu beschleunigen. Darüber hinaus werden zivile Frachtschiffe, Tanker und andere Schiffe, die in der Nähe sind, kontaktiert und um Unterstützung gebeten.

Alarmphone & Co.

Bereits seit 2011 gibt es die Initiative Watch the Med, die Seenotfälle auf den Flüchtlingsrouten im Mittelmeer dokumentiert und Fälle von Nichtrettung anprangert und zum Teil vor Gericht bringt. Das Alarmphone entstand 2014 aus dem Wunsch heraus, diese Fälle nicht nur zu dokumentieren, sondern selbst eingreifen und den Geflüchteten Unterstützung bieten zu können, alarmphone.org. Ähnliche Zielsetzungen haben die Initiativen Alarm Phone Sahara (gegründet 2018), das Migranten auf den gefährlichen Routen durch die Wüste unterstützt, und der Pushback Alarm Austria, der seit Anfang dieses Jahres Menschen, die in Österreich angekommen sind und einen Asylantrag stellen möchten, mit einer Notrufhotline vor einem Pushback (also der illegalen Rückführung) über Slowenien bis Bosnien schützen will.

Verbreitet wird die Notrufnummer über direkte Kontakte in den Communities der Migrant*innen und Flüchtlinge in den wichtigen Transitländern Nordafrikas und in der Türkei. Flyer und Videos informieren über die Risiken der Überfahrt über das Mittelmeer, geben Hinweise, wie sich Gefahren verringern lassen, und weisen auf die Notfallnummer hin.

Fast 200 Menschen arbeiten für das transnationale, spendenfinanzierte Netzwerk mit Gruppen in vielen Ländern nördlich und südlich des Mittelmeers. Die Aktivist*innen werden vor ihrem ersten Einsatz umfassend geschult. Grundlage dafür sind Handbücher mit Richtlinien und Handlungsanweisungen, die sich auf die Erfahrungen von Menschen stützen, die in den

letzten Jahren selbst als Flüchtende das Mittelmeer überquert haben. Der Anwalt Muhammad al-Kashef gehört seit fünf Jahren zum Berliner Team des Notruftelefons und weiß aus eigener Erfahrung, wie belastend die Einsätze sein können: „Manchmal fühlt man sich in der konkreten Situation einfach nur hilflos. Und es ist schwer, nicht die Hoffnung auf Besserung zu verlieren.“

Als im April dieses Jahres 130 Menschen vor der Küste Libyens mit ihrem Boot kenterten und ertranken, war Aktivistin Lara Dade vom Alarmphone im Dienst und erlebte die Ohnmacht am eigenen Leib. Im taz-Interview berichtete sie, dass keine der alarmierten Küstenwachen von Italien, Libyen und Malta den Menschen in Lebensgefahr zu Hilfe kam. Auch Frontex, die umstrittene Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, blieb untätig, obwohl sie zeitweilig mit einem Flugzeug über dem Schlauchboot kreiste. Dades bitteres Fazit: „Das war kein Bootsunglück – das war ein bewusstes Sterbenlassen.“

Das restriktive europäische Grenzregime, das durch zunehmende Militarisierung der Grenzen die flüchtenden Menschen auf immer gefährlichere Routen treibt, und der gleichzeitige Unwille der europäischen Staaten, bei der Rettung von in Seenot geratenen Menschen konsequent zu handeln sowie die gängige Praxis, die Geflüchteten gewaltsam und illegal in ihre Heimatländer zurückzutreiben (die sogenannten Pushbacks) sind aus Sicht des Netzwerks die Ursachen für die vielen vermeidbaren Todesfälle im Mittelmeer.

Eine schnelle Lösung sieht Muhammad al-Kashef nicht: „Hier ist die Politik gefragt. Man

muss nicht sofort alle Grenzen öffnen – aber es muss ein sicherer Weg für die Menschen gefunden werden, die in höchster Not und unter Einsatz ihres Lebens aus den für sie unerträglichen Lebensbedingungen in ihren Heimatländern flüchten.“ Und genau hier sieht auch Alarmphone seine Aufgabe: „Unser Netzwerk ist so viel mehr als nur ein Notruftelefon“, sagt al-Kashef. „Wir wirken daran mit, die europäische Grenzpolitik in Frage zu stellen und zu verändern und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die tödlichen Auswirkungen dieser Politik zu richten.“

Manchmal fühlt man sich in der konkreten Situation einfach nur hilflos

Am 25. und 26. Juni wird die lange vorbereitete Konferenz „From the sea to the citys“, an der Alarmphone maßgeblichen Anteil hat, online und vor Ort in Palermo, Sizilien, stattfinden. Muhammad al-Kashef gehört zu den geladenen Rednern. Denn während die EU eine Politik der Abschreckung verfolgt, finden sich immer mehr Gemeinden und Städte in Europa, die bereit sind, Verantwortung für den Schutz von Menschenleben zu übernehmen, indem sie Geflüchtete aufnehmen und so den europäischen Gedanken neu beleben. Ziel der von den Bürgermeistern Potsdams und Palermos initiierten Konferenz ist die Schaffung eines solidarischen europäischen Netzwerks von Städten, Gemeinden und der Zivilgesellschaft und einer Politik, die beim Thema Migration endlich die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.

Genfer Flüchtlingskonvention

1951 Genf — 2021 Brüssel

Wir betrauern die unzähligen Angriffe

PRO ASYL

Freundinnen und Freunde

Geboren wurde das Individualrecht auf Schutz 1951 unter dem Namen Genfer Flüchtlingskonvention. Damit war nach jahrzehntelangen Bemühungen eine einzigartige humanitäre und rechtliche Errungenschaft ins Leben gerufen worden, die Flüchtlingen grundlegende individuelle Rechte zusicherte.

Im Laufe der vergangenen Jahre wurde die Genfer Flüchtlingskonvention von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten immer wieder auf brutale Weise angegriffen – ob durch Push-Backs, den EU-Türkei-Deal, die Unterstützung und Ausbildung der libyschen »Küstenwache« oder den geplanten »New Pact on Migration and Asylum«.

Der Zustand der Genfer Flüchtlingskonvention macht uns wütend und traurig – sie wurde insbesondere an den Außengrenzen Opfer der EU-Abschottungspolitik.

www.proasyl.de

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Vouchers4Food

Die Initiative No Name Kitchen hilft flüchtenden Menschen mit Essen, Kleidung und Hygienepaketen

Belgrad, Januar 2017: Es ist eiskalt, und die Flüchtlinge, die in der Stadt gestrandet sind, haben kaum etwas zu Essen. So beginnt eine Gruppe Freiwilliger mit flüchtenden Menschen und für sie zu kochen – No Name Kitchen ist geboren. Als unabhängige Graswurzel-Bewegung hilft die Organisation seither unter dem Leitmotiv „Nobody needs charity when there is justice“ Menschen auf der Flucht – nicht nur in Belgrad, sondern auch an anderen Orten Serbiens, Bosniens und Montenegros sowie außerhalb der Balkanroute, unter anderem in Ceuta (Spanien). Allein im Norden Bosniens und Herzegowinas leben noch Hunderte Menschen unter unmenschlichen Bedingungen außerhalb offizieller Lager. No Name Kitchen verteilt Essen, Kleidung und Hygienepakete an sie und schreibt, als Teil des Border Violence Monitoring Networks, Berichte über die Gewalt an den Grenzen.

Als während der Coronapandemie viele Menschen auf der Flucht Supermärkte noch nicht einmal betreten durften, wurde das Vouchers4Food-Projekt ins Leben gerufen. Dabei erhalten flüchtende Menschen durch Spenden Gutscheine, mit de-

nen sie in kooperierenden lokalen Supermärkten und Bäckereien einkaufen können. Das hat den Vorteil, dass sie sich selbst aussuchen können, was sie gerne essen möchten, was oft keine Selbstverständlichkeit ist. Außerdem hat es den Vorteil, dass die Betroffenen in diesen Läden willkommen sind, was sonst nicht immer der Fall ist. Im Norden Bosniens etwa können durch dieses Programm nun rund 800 Menschen einmal in der Woche selber einkaufen gehen.

Neben den Food-Vouchers haben sich die Prioritäten während der Pandemie auf zwei weitere spendenbasierte Projekte verschoben: Während Covid-19-Emergencies Geld sammelt, um die Kosten für medizinische Versorgung von Flüchtlingen sowie der lokalen Bevölkerung auf der Balkanroute zumindest teilweise zu decken, sorgt sich Protection um juristischen Schutz von Aktivist*innen, die Gewalt an den Grenzen überwachen und anzeigen. (os)

Infos & Spenden an No Name Kitchen unter anderem: donorbox.org/no-name-kitchen und www.facebook.com/NoNameKitchenBelgrade

Sam schreibt weiter

Sam Zamrik ist ein in Damaskus, Syrien, geborener Lyriker, Übersetzer und Musiker. An der Universität Damaskus studierte er Englische Sprache und Literatur – bevor er aufgrund des Krieges in Syrien das Land verlassen musste und nach Deutschland kam. Kürzlich hat er als Stipendiat am Bard College Berlin seinen BA in Politik und Literatur erworben, im Herbst erscheint seine Lyriksammlung „Sophistry of Survival“ im Hanser Berlin Verlag. Daneben ist er weiter in der Untergrund-Musikbewegung „New Wave of Syrian Metal“ aktiv sowie Manager und Texter der Metal-Band „Eulen“. Unterstützt wird Zamrik von „Weiter Schreiben“, einer Plattform für Literatur und Musik des „Wir machen das“-Netzwerks. Autor*innen aus Kriegs- und Krisengebieten arbeiten dabei mit deutschsprachigen Kolleg*innen zusammen, ihre Texte werden online veröffentlicht. So sollen individuelle Ressourcen gefördert, Möglichkeiten zum Austausch geschaffen und Teilhabe ermöglicht werden. Auf der „Wir machen das“-Webseite heißt es: „Wir sprechen alle Menschen in ihrer Expertise an und nicht als Hilfsbedürftige, denn unterschiedliche Perspektiven bereichern den hiesigen Diskurs.“

Nummeriert und abgeheftet

Sam Zamrik kam vor sechs Jahren nach Deutschland. Der 24-jährige syrische Lyriker und Musiker ärgert sich, dass es ihm trotz all seiner Bemühungen so schwer gemacht wird, als vollwertiger Mensch anerkannt zu werden

Von **Sam Zamrik**

Nach sechs Jahren als Geflüchteter in Deutschland ist mir eines klar geworden: dass Integration ein unendliches Rennen bedeutet. Stabilität gibt es für uns nicht, Stabilität wird Flüchtlingen wie mir künstlich vorenthalten. Vielleicht um uns auf Trab zu halten, vielleicht damit wir nicht zu ehrgeizig werden. Flüchtlinge wie ich sind von einer unsichtbaren Membran umgeben, die uns in einer anderen rechtlichen und damit sozialen Realität hält als Menschen, die nicht zu den Flüchtlingen gehören. Wenn ich mich also neben Nichtflüchtlinge setze, sitzen wir in unterschiedlichen Welten.

Deutschland lässt mir meine Zukunft als Bürger eines demokratischen Nationalstaats vors Gesicht baumeln und verspricht mir diese Zukunft im Gegenzug für meine Integration. Ein solcher Deal mag für einen jungen, liberalen Denker gut klingen – und tatsächlich war ich als Neuling geradezu begeistert, in einem Land gelandet zu sein, in dem ich endlich ein Gleicher unter Gleichen sein konnte, nachdem ich mein ganzes Leben lang klein gemacht worden war. Ich freute mich – ein völliger Neuanfang nach so vielen Abbrüchen kam mir unglaublich vor! Menschenrechte bedeuten Men-

schwürde – das ist doch so, oder?

Nach sechsmonatigem Warten in Erstaufnahmeeinrichtungen und drei Gesetzesänderungen bekam ich 2016 endlich meinen Anhörungstermin. Ich hatte gebeten, auf Englisch sprechen zu dürfen, da ich meine Geschichte aufgrund von Traumata nicht auf Arabisch erzählen konnte. Die Frau, die mich befragte, sprach auch Englisch, fühlte sich aber anscheinend unsicher und beschloss, die Anhörung trotz meiner Bitte von dem offensichtlich unfähigen Übersetzer auf Arabisch durchführen zu lassen. Wenn ich ihn in seiner Übersetzung korrigierte, begann er nur schneller und unklarer zu sprechen. So wurde meine ganze Geschichte zerpfückt.

Kurze Zeit später, als ich in der Notunterkunft auf und ab lief und immer wieder den Satz „Echte Dichter dichten leichter bei Licht“ vor mich hin flüsterte, um den verdammten „ch“-Laut zu lernen, sagte mir ein anderer Syrer, dass ich in zwei Jahren die Staatsangehörigkeit bekommen würde, wenn ich so weitermache und den Hunger, den ich beim Deutschlernen hatte, beibehalten würde.

Doch so kam es trotz anhaltenden Hungers nicht, denn ein paar Verlegungen von einem Quartier ins andere später



Foto: Juliette Moebius

erreichte mich der Anhörungsbescheid: „Asylstatus nicht zuerkannt. Subsidiärer Schutzstatus gestattet.“ Das bedeutete, dass ich nur eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr bekam und ab nun jedes Jahr meinen Aufenthaltstitel erneuern und beweisen musste, dass es – jenseits des Krieges in Syrien – einem Grund dafür gab, weiter in Deutschland zu bleiben.

Für eine unbefristete Niederlassungserlaubnis muss ich nun neben ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen und weiteren Punkten auf einer sich ständig verlängernden und sich ohne Nachvollziehbarkeit ändernden Checkliste nachweisen, dass ich keine Sozialhilfe beziehe und mich weiterbilde, um einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu bekommen. Die wenigen Momente des Unbehagens, die die Interviewerin beim Englischsprechen empfunden hatte, hatten also mein

Schicksal unwiderruflich für die absehbare Zukunft entschieden.

Ein paar Monate später bestand ich eine Deutschprüfung: Ich hatte nur 70 der gesetzlich vorgeschriebenen 600 Kursstunden benötigt, um ein B1-Niveau-Zertifikat zu erhalten – Check! Danach lernte ich, wie das deutsche Wahlsystem funktioniert. Doch wenn ich das Kursmaterial dieses „Orientierungskurses“ einem deutschen Freund zeigte, wunderte der sich: „So funktioniert das?!“ Anscheinend wusste nicht jeder Deutsche, was ich nun gelernt hatte. Mich hingegen wunderte vor allem, warum wir alles über ein Wahlsystem lernen sollten, wenn wir gar nicht wählen dürfen. War Deutschland vielleicht tatsächlich daran interessiert, uns einzubürgern? Mit dem Ausblick auf eine Wahlberechtigung ließ Deutschland mir wieder eine verheißungsvolle Möglichkeit vors Gesicht baumeln.

Doch es stellt sich heraus, dass es vor allem eines war: die gute alte Zuckerbrot-und-Peitsche-Taktik. Das Zuckerbrot in diesem Deal ist die Aussicht auf ein Leben jenseits von Verlust und Entmenschlichung; die Peitsche ist, dass ich in jedem Moment unter den Deutschen beweisen muss, entweder „einer der Guten“ oder ein unbeschriebenes Blatt zu sein. In beiden Fällen bleibt mir nur

eine Rolle: der dankbare Flüchtling; ein Flüchtling, der nachgiebig und jederzeit bereit ist, befragt zu werden und Anweisungen zu befolgen.

Ich werde entweder fetischisiert oder problematisiert, zu einem Ding gemacht, nummeriert und abgeheftet (Marx nannte das Verdinglichung). So oder so werde ich auf diesem Wege nie ein vollwertiger Mensch – denn vollwertiges Menschsein ist ein Privileg. Meine Vergangenheit, all das, was an mir syrisch ist, soll modifiziert und ins Lächerliche gezogen werden oder es soll verschwinden, denn dieses Syrischsein in mir ist fremd und unheimlich. Die Qualifikationen, Fähigkeiten oder Ideen, die ich haben könnte, zählen nicht oder werden abgewertet, weil sie nicht von einer Autorität ausgestellt worden sind, die von deutschen Ämtern anerkannt und identifizierbar ist.

Sechs Jahre, vier Aufenthaltsverlängerungen und ein (nicht-deutsches) BA später werfe ich mich weiter gegen diese unsichtbare Membran, um sie zu durchdringen. Ich hoffe, eines Tages einen Tag Stabilität zu erleben. Doch die Membran gewinnt immer noch, weil ich mich in mich selbst und in mein Exil zurückgezogen habe, um geschützt zu bleiben. Dieser Flüchtling ist noch auf der Flucht, auch wenn er still steht.



ÄRZTE OHNE GRENZEN rettet seit 2015 auf dem Mittelmeer Leben. Aktuell ist unser Team auf dem Schiff Geo Barents aktiv. Spannende Berichte hierzu hören Sie in der Folge Nr. 14 unseres Podcast „Notaufnahme“ unter: www.msf.de/podcast oder in Ihrer Podcast App.
© Hannah Wallace Bowman / MSF

SPENDEN SIE RETTUNG, WEIL JEDES LEBEN ZÄHLT

Mit Ihrer Spende rettet **ÄRZTE OHNE GRENZEN** Leben: Mit **72 Euro** können wir zum Beispiel 120 dehydrierte Menschen an Bord unseres Rettungsschiffes mit Rehydrationslösung behandeln.

Private Spender*innen ermöglichen unsere unabhängige Hilfe – jede Spende macht uns stark!



Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE72 3702 0500 0009 7097 00
BIC: BFSWDE33XXX

www.aerzte-ohne-grenzen.de/spenden

